

Antrag

der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Albrecht Glaser, Kay Gottschalk, René Springer, Roger Beckamp, Hannes Gnauck, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jochen Haug, Gerrit Huy, Fabian Jacobi, Jörn König, Barbara Benkstein, Matthias Moosdorf, Sebastian Münzenmaier, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Frank Rinck, Dr. Rainer Rothfuß, Ulrike Schielke-Ziesing, Jan Wenzel Schmidt, Jörg Schneider, Klaus Stöber, Dr. Harald Weyel, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Thomas Dietz und der Fraktion der AfD

22 Jahre Euro-Bargeld in Deutschland – Jetzt eine ehrliche Bilanz der Versprechen ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Am 1. Januar 2024 jährte sich die Einführung des Euro-Bargeldes in Deutschland zum 22. Mal. Die meisten Deutschen wollten seinerzeit die D-Mark behalten. Die Bundesregierung war vor die heikle Aufgabe gestellt, den Euro den mit gutem Grund skeptischen Deutschen zumindest erträglich erscheinen zu lassen. Um dies zu erreichen, veröffentlichte die Bundesregierung im Jahr 1996 die Druckschrift „Stark wie die Mark“¹ und führte darin unter anderem aus:
 - a. „Der Euro wird so stark wie die Mark‘ sein“ (S. 3) beziehungsweise
 - b. „Vor allem aber wird der Euro eine gemeinsame gute und harte Währung sein, nach dem Vorbild der Deutschen Mark“ (S. 50) sowie
 - c. „Wir behalten auf jeden Fall eine stabile Währung, denn die Sicherungen des Vertrages von Maastricht werden greifen“ (S. 53), in Verbindung mit
 - d. „Außerdem wird die Europäische Zentralbank über die Stabilität des Euro wachen“ (S. 51);
 - e. „Bei den Konvergenzkriterien muß der [Maastricht-; Anmerkung der Verfasser] Vertrag strikt eingehalten werden, eine Aufweichung wird es nicht geben. [...] Unsere europäischen Partner haben dies klar erkannt und akzeptiert“ (S. 36) bzw.
 - f. „Die im Vertrag festgeschriebenen Stabilitätsbedingungen gelten auf Dauer – die Währungsunion ist als Stabilitätsunion konzipiert“ (S. 51), i. V. m.
 - g. „Stellt der Rat nach vorheriger Beurteilung der Haushaltslage des

¹ Bundesministerium der Finanzen, Referat Öffentlichkeitsarbeit: „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro – stark wie die Mark. Das Bundesministerium der Finanzen informiert“, 1996.

- betreffenden Mitgliedstaates durch die Europäische Kommission fest, dass tatsächlich ein übermäßiges Haushaltsdefizit vorliegt, werden Maßnahmen gegenüber dem betreffenden Mitgliedstaat ergriffen. Diese sind zeitlich gestaffelt und erhöhen sukzessive so lange den Druck auf den jeweiligen Mitgliedstaat, bis dieser sein Defizit abbaut. In der Endstufe der WWU reicht der Sanktionskatalog bis hin zu Geldbußen“ (S. 32);
- h. „[Das Verbot der Kreditgewährung von Zentralbanken an den öffentlichen Sektor; Anm. d. V.] zwingt die öffentlichen Hände, sich wie jeder private Kreditnehmer zu Marktbedingungen an den Kapitalmärkten zu finanzieren. Unsolides Wirtschaften wird dann mit höheren Zinsen bestraft. Eine Finanzierung von Staatsausgaben über die Notenpresse ist nicht mehr möglich. [...] Vielmehr muß sich auch der Staat den Marktbedingungen unterwerfen. Eine Haftung der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten für die Schulden anderer Mitgliedstaaten ist ausdrücklich ausgeschlossen. Für seine Schulden ist damit jeder Mitgliedstaat allein verantwortlich. Dadurch wird die Eigenverantwortung der einzelnen Teilnehmerstaaten gestärkt und der Anreiz erhöht, solide zu wirtschaften“ (S. 31) bzw.
 - i. „Der Wunsch nach Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Entwicklung zur Stabilität weiter verstärken. Die Stabilitätskultur wird sich weiter ausdehnen und festigen“ (S. 20) sowie
 - j. „Wir bringen [die D-Mark; Anm. d. V.] in eine Gemeinschaft ein, in der Stabilität gesichert sein wird wie in Deutschland. Damit machen wir Europa zu einer größeren Stabilitätsgemeinschaft [...]“ (S. 52 f.) und
 - k. „Nur diejenigen Mitgliedstaaten, die schließlich ein dauerhaftes Stabilitätsniveau erreicht haben, dürfen an der Währungsunion teilnehmen“ (S. 19).
2. Inzwischen haben sich die damaligen Bedenken vollumfänglich bewahrheitet. Der Euro ist zum Spielball derjenigen verkommen, die auf Kosten Deutschlands die maroden Staatshaushalte der EU-Südländer – inklusive Frankreichs – rechtswidrig dauersubventionieren. Den vergleichsweise wenig vermögenden Deutschen hat der Euro unter anderem Sparerenteignung und Altersarmut, Umverteilungen von unten nach oben und seit Herbst 2021 eine ausufernde Inflation gebracht. Während die deutsche Mittelschicht schrumpft, verfällt der durch die Bundesregierungen der letzten Wahlperioden beschworene gesellschaftliche Zusammenhalt immer mehr. Die über lange Jahre praktizierten und ständig ausgeweiteten „unkonventionellen Maßnahmen“ der EZB sorgen heutzutage in Deutschland für ziemlich konventionelle Sorgen: Schulden, Inflation und Wohlstandsverlust.
 3. Die währungstheoretische Fehlkonstruktion Euro, in Verbindung mit einer schon vor der Einführung absehbaren Nichteinhaltung von Stabilitätsregeln, hat tiefgreifende soziale und finanzwirtschaftliche Verwerfungen EU-weit verursacht und dadurch das „Friedensprojekt EU“ desavouiert. Es wurden zwischenstaatliche Transfermechanismen und eine Haftungsunion zuungunsten der vergleichsweise solide wirtschaftenden Staaten und ihrer Bürger etabliert, die die hoch verschuldeten Staaten ermuntern, weiterhin unsolide zu wirtschaften. Die durch die angebliche Rettung von Euro und EU und den damit einhergehenden permanenten Verstoß gegen die EU-Verträge, bzw. durch die Missachtung grundlegender wirtschaftlicher Zusammenhänge, erkaufte Zeit wurde nicht für eine durchgreifende Sanierung der Volkswirtschaften und Staatshaushalte der EU-Schuldenländer genutzt.
- Diese Politik ist allerdings auch gegenüber ihren ursprünglichen Nutznießern gescheitert. Ansteigende Zinsen und der Wertverlust des Euro gegenüber anderen Währungen trafen und treffen auch und gerade die hochverschuldeten Länder mit voller Wucht: Allein der Import von Primärenergieträgern hat sich wegen des schwachen Euro extrem verteuert.

4. Politiker auf EU- und nationaler Ebene wollen neuerdings das Maastricht-Regelwerk angeblich „reformieren“. Unter dem Vorwand einer besseren Durchsetzbarkeit der verpflichtenden Maastricht-Marken will man den bisher schamlos praktizierten Regelbruch durch die Änderung der Regeln legitimieren. Bisher noch nie durchgesetzte Sanktionen sollen größtenteils nun auch formal gestrichen werden, damit die dann verbleibenden Sanktionen in der politischen Praxis angeblich leichter verhängt werden können.
 5. Der Euro ist allen Versprechungen zum Trotz zum genauen Gegenteil von „stark wie die Mark“ geworden, die EZB ist nach wie vor im Dilemma der fiskalischen Dominanz gefangen. Sie hat ihren eindeutigen Primärauftrag – die Sicherung der Kaufkraft der Bürger – aus den Augen verloren und seit langer Zeit ihr Mandat mit Füßen getreten. Die EZB hält rund 32 Prozent der Staatsschulden der Euro-Staaten und wurde damit zum größten Kreditgeber dieser Länder.
 6. Die eurobedingte Zombifizierung² weiter Bereiche der Volkswirtschaft, die Produktivkräfte an unproduktive Verwendungen bindet, trüben die Zukunftsperspektiven Deutschlands stark ein.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- zum Anlass des 22. Jahrestages der Einführung des Euro-Bargeldes in Deutschland eine Bilanz der Zusicherungen in der Druckschrift der Bundesregierung „Der Euro – stark wie die Mark“ zu ziehen und der deutschen Öffentlichkeit ihre Befunde in einer aktuellen Druckschrift nach bewährtem Muster „Das Bundesministerium der Finanzen informiert“ zur Verfügung zu stellen;
 - der deutschen Öffentlichkeit gegenüber die sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen zu quantifizieren und zu schildern, inwiefern welche der Zusicherungen nicht eingehalten wurden oder von vorneherein nicht einzuhalten waren.

Berlin, den 6. März 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

1. Die Zinspolitik der EZB hat für die deutschen Sparer und Privatanleger ohne jeden Zweifel die Züge einer Enteignung bzw. einer Vermögenssteuer angenommen: So betrug der Wertverlust auf das verzinsliche Geldvermögen der Privathaushalte von 5,7 Bio. Euro im Jahr 2022 circa 395 Mrd. Euro³.
Der Durchschnittsrealzins betrug 2022 historische minus 6,9 Prozent⁴. Unter anderem die kapitalgedeckte Altersvorsorge ist massiv geschädigt, da nur Erträge unterhalb der Inflation erwirtschaftet werden konnten; private Sparguthaben, die der Altersvorsorge dienen, und Betriebsrenten wurden entwertet. Der Weg für eine

² Ein Zombieunternehmen ist ein nicht wettbewerbsfähiges Unternehmen, das gerade einen ausreichenden Cashflow erwirtschaftet, um die Schuldzinsen zu zahlen. Es verfügt nicht über überschüssige liquide Mittel oder Kapazitäten, um zu investieren und zu wachsen. Die Zinspolitik der EZB hat wesentlich zur Weiterexistenz und Vermehrung solcher Unternehmen beigetragen.

³ DZ Bank – 25.10.2022, „Trotz Zinswende: Hohe Inflation sorgt für 395 Milliarden Euro Kaufkraftverlust beim Geldvermögen“; www.dzbank.de/content/dzbank/de/home/die-dz-bank/presse/schwerpunktthemen/2022/trotz-zinswende-hoheinflationsorgt fuer 395 milliarden euro kaufkraftverlust.html (zuletzt abgerufen am 24. Mai 2023).

⁴ Ebenda.

Welle zukünftiger Altersarmut ist geebnet, während die ungezügelter Inflation die gegenwärtigen deutschen Rentner besonders hart getroffen hat: Rund 660 000 Rentner waren in Deutschland zu Jahresende 2022 auf Grundsicherung angewiesen⁵; allein im Vergleich zum Vorjahresmonat ist ein Anstieg von knapp 12 Prozent zu verzeichnen⁶.

Zugleich fand über die Jahre eine Umverteilung von Arm zu Reich statt, indem eine Vermögenspreisspirale nach oben in Gang gesetzt wurde, von welcher die Besitzer von Aktien- und Immobilienvermögen profitierten, während sich der deutsche Durchschnitts- und Median-Bürger etwa das ersehnte Wohneigentum auf absehbarer Zeit nicht leisten kann: Deutschland bildet beim Wohnimmobilienbesitz unter den EU-Mitgliedstaaten das Schlusslicht⁷, die Preise für selbst genutztes Wohneigentum haben sich über die letzten zwölf Jahre verdoppelt⁸.

- Die mit der Euro-Einführung und der anschließenden dauerhaften „Euro-Rettung“ einhergehende Begünstigung nicht soliden staatlichen Handelns hat zentrale Ungleichgewichte innerhalb Deutschlands sowie zwischen Deutschland und anderen Euro-Staaten alles andere als gelindert.

Dies zeigt sich⁹ exemplarisch in der Schere zwischen dem Durchschnitts- und dem Medianvermögen pro Erwachsenen. So ist sie seit der Euro-Bargeldeinführung 2002 in keinem anderen der ursprünglichen Euro-Länder so weit geöffnet gewesen, wie im Sozialstaat Deutschland. In den Jahren 2002 bis 2021 hat hierzulande das Durchschnittsvermögen das Medianvermögen, je pro Erwachsenen, circa um das Fünffache überstiegen, während dieser Faktor mit rund 2,2 etwa in Frankreich weniger als halb so hoch, in den Sanierungsfällen Italien und Griechenland gar rd. 1,8, in Spanien rd. 1,9, in Portugal rd. 2,3 ausfiel. Zeitgleich besaß der Median-Deutsche gut dreimal weniger als der Median-Italiener, knapp dreimal weniger als der Median-Franzose oder -Spanier und gut anderthalbmal weniger als der Median-Grieche – dessen ausgiebiger Staat zwischen 2010 und 2018 noch zu „retten“ war.

Derweil ist Deutschland im Jahr 2020 das Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast unter den Industrieländern weltweit geworden¹⁰: So gesehen ist es nur folgerichtig, dass die Europäische Kommission in ihren Veröffentlichungen zum EU-Haushalt die operativen Haushaltssalden der einzelnen Mitgliedstaaten, sprich Nettoempfänger und Nettozahler, in den letzten Jahren nicht mehr ausweist.

- In der Vor-Euro-Zeit funktionierte der Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten zwischen den Staaten in der Regel durch Ab- bzw. Aufwertungen der nationalen Währungen. Exportschwache Staaten unterstützten ihre Ausfuhren durch Währungsabwertung – Unternehmen in exportstarken Ländern wie Deutschland sahen sich durch die im Trend stetig aufwertende harte und stabile Währung gezwungen, stets innovativ und aus eigener Kraft höchst konkurrenzfähig zu bleiben. Mit dem Euro entfielen diese Wechselkurs-Ausgleichsmechanismen.

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse demnach als einen volkswirtschaftlichen Nettogewinn für Deutschland von Euro und EU anzusehen, greift zu kurz, denn Deutschland finanziert einen entsprechenden Teil seines Exporterfolges über Target-2-Intraeurosystemkredite selbst¹¹: Während die vollständige

⁵ Ein 12-prozentiger Anstieg auf Jahresbasis: WELT – 25.04.2023; [www.welt.de/politik/deutschland/article244963778/Rente-660-000-Rentner-in-Deutschland-auf-Grundsicherung-angewiesen.html#:~:text=Wie%20die%20Zeitungen%20der%20Funke,von%20zw%C3%B6lf%20Prozent%20im%20Jahresvergleich](http://www.welt.de/politik/deutschland/article244963778/Rente-660-000-Rentner-in-Deutschland-auf-Grundsicherung-angewiesen.html#:~:text=Wie%20die%20Zeitungen%20der%20Funke,von%20zw%C3%B6lf%20Prozent%20im%20Jahresvergleich.). (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

⁶ Siehe Destatis, Pressemitteilung Nr. 138 vom 5. April 2023: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_138_228.html (zuletzt abgerufen am 24. Mai 2023).

⁷ S. Statista, Wohneigentumsquote in ausgewählten europäischen Ländern im Jahr 2021; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155734/umfrage/wohneigentumsquoten-in-europa/> (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

⁸ Statista, Preisentwicklung für selbst genutztes Wohneigentum in Deutschland in den Jahren von 2003 bis 2022; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156216/umfrage/immobilienpreisindex-fuer-selbstgenutztes-wohneigentum/> (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023)

⁹ Zu den nachfolgenden Angaben vergleiche Credit Suisse, Global Wealth Databook für die entsprechenden Jahre (in den Databooks aufgeführte Daten sowie eigene Berechnungen anhand dieser): www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

¹⁰ WELT – 30.04.2020, „OECD-Studie: Bei Steuern und Abgaben ist Deutschland jetzt sogar globaler Spitzenreiter“; www.welt.de/wirtschaft/article207627587/OECD-Bei-Steuer-und-Abgaben-ist-Deutschland-Spitzenreiter.html (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

¹¹ Sinn, Hans-Werner, 05.08.2018: „Irreführende Verharmlosung (Langfassung) – Replik zu Martin Hellwig“; www.hanswernersinn.de/de/Replik_Hellwig_05082018; Sinn, Hans-Werner, Dezember 2019, „Der Streit um die Targetsalden – Kommentar zu Martin Hellwigs Artikel ‚Target-Falle oder Empörungsfalle?‘“, in: Ifo WORKING PAPERS 316 2019; www.ifo.de/DocDL/wp-2019-316-sinn-streit-um-targetsalden.pdf (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

Begleichung der Target-2-Salden durch den Schuldner laut des damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi einzig bei seinem Euro-Austritt zumindest theoretisch vorgesehen wäre¹².

Die Möglichkeit eines Euro-Austritts ohne Austritt aus der EU insgesamt ist im EU-Primärrecht nicht vorgesehen und das ist, nach seiner verfehlten Grundkonstruktion, die zweite Erbsünde des Euro.

4. Durch die massiven, durch Niedrig- und Negativzinspolitik flankierten Anleiheankäufe, bzw. durch die beispiellose Geldmengenausweitung in Billionenhöhe, kam es dazu, dass die bereits in den Asset- und Immobilienmärkten angefeuerte Inflation unausweichlich bei den deutschen Normalverbrauchern ankam:

„Dies schuf die Voraussetzungen dafür, dass die Rohstoffpreissteigerungen während der Pandemie und des Ukraine-Kriegs eine seit fünf Jahrzehnten nicht mehr gesehene Inflationswelle auslösen konnten.“¹³

Zwar absorbierten die Finanzmärkte i. V. m. mit einer gesunkenen Geldumlaufgeschwindigkeit bzw. mit dem Phänomen des Hortens von Geld aus dem Vorsichtsmotiv (Vorsichtskassenhaltung) des privaten Sektors über Jahre die Geldschwemme. Bei der jahrelangen, nicht von Realwerten gedeckten Geldmengenausweitung des Eurosystems muss es auch den EZB-Experten klar gewesen sein, dass es unvermeidlich zu einem massiven Verfall von Sachwerten kommen wird. Seit 2015, als das erste der beiden in Billionengröße angelegten Staatsanleihekaufprogramme, das „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP), startete und Litauen als bis 2022 letztes Mitglied der Eurozone beitrug, ist die Geldmenge M3 von 10,8 Bio. Euro auf gut 16 Bio. Euro¹⁴ gestiegen, zeitgleich wuchs das Euroraum-BIP in jeweiligen Preisen nur von knapp 10,6 Bio. Euro auf 13,4 Bio. Euro¹⁵.

Der Anfang der Anhebungen der Leitzinsen in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 war indes vielmehr auf die bis dahin viel energischere Inflationsbekämpfung in den Vereinigten Staaten und die Stärke des US-Dollars ggü. dem Euro zurückzuführen: Seit Beginn der Zinsanhebungen in den USA im März 2022 hatte der Euro ggü. dem US-Dollar allein bis Anfang Juli 2022 um 7 Prozent abgewertet und seit Anfang 2022 bis Ende September 2022 belief sich der Wertverlust ggü. dem US-Dollar bereits auf knapp 19 Prozent¹⁶ – was die Inflation hierzulande zusätzlich anheizte.

5. Die EZB ist über die Jahre zu einem einzigen Fiskalagenten verkommen, der fiskalpolitische Maßnahmen hoch verschuldeter Staaten geldpolitisch ermöglicht – bzw. der mittelbar, entgegen vertraglicher Verpflichtungen, selber Fiskalpolitik betreibt. Sie hat diesen Staaten gleichwohl einen Bärendienst erwiesen bzw. Misswirtschaft gefördert, anstatt mit ihren „Rettungsmaßnahmen“ zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen beizutragen:

Sämtlichen Regierungen kommt die heutige ausufernde Inflation fiskalpolitisch zugute¹⁷, da sie die Staatsschulden entwertet. Umgekehrt wird eine konsequente Inflationsbekämpfung – das heißt ohne zusätzliche „unkonventionelle“ Programme wie etwa das TPI –, ohne eine Gefährdung der Refinanzierungskonditionen von Ländern mit maroden Staatsfinanzen wie Griechenland, Spanien, Frankreich und insbesondere Italien unmöglich. Wäre die EZB die Inflation von früher an energischer angegangen bzw. hätte sie die Zinsen wesentlich früher und substanzieller erhöht und die Geldmengenausweitung gebremst, wäre es um die Kreditwürdigkeit hochverschuldeter Länder sehr schlecht bestellt, bis hin zu einer schmerzhaften Konsolidierung der maroden Haushalte.

¹² S. Schreiben von Ex-EZB-Chef Draghi an die Mitglieder des Europäischen Parlaments Marco Valli und Marco Zanni vom 18. Januar 2017: www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/170120letter_valli_zanni_1.en.pdf (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

¹³ Prof. Thomas Mayer, in: WELT – 24.07.2022, „Euro als Weichwährung; Diese EZB-Politik führt zwangsläufig in den wirtschaftlichen Abstieg“; www.welt.de/finanzen/plus240079511/Diese-EZB-Politik-fuehrt-zwangslaeufig-in-den-wirtschaftlichen-Abstieg.html (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

¹⁴ Statista, Entwicklung der Geldmenge M3 in der Eurozone von 1999 bis Dezember 2022; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241829/umfrage/entwicklung-der-geldmenge-m3-in-der-euro-zone/> (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

¹⁵ Statista, Europäische Union & Euro-Zone: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2009 bis 2022; [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/#:~:text=Das%20Bruttoinlandsprodukt%20in%20der%20Europ%C3%A4ischen,Euro%20\(Euro%2DZone\)](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/#:~:text=Das%20Bruttoinlandsprodukt%20in%20der%20Europ%C3%A4ischen,Euro%20(Euro%2DZone)) (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

¹⁶ Eigene Berechnungen. Vgl. EZB: www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/euro_reference_exchange_rates/html/eurofxref-graph-usd.en.html (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

¹⁷ „Nimmt man beispielsweise die bis Ende 2021 vom deutschen Staat aufgenommenen Kredite von insgesamt rund 2,48 Billionen Euro und die von der Bundesbank für 2022 erwartete Inflation von 7 Prozent [Stand Jahresmitte 2022: Anm.d.V.], könnte der deutsche Fiskus sich allein in diesem Jahr um rund 150 Milliarden Euro Schulden, die entwertet und faktisch nicht mehr zu tilgen sind, erleichtern. Und gewinnt nebenbei auch noch durch eine progressionsbedingt überproportionale Steuer-Abschöpfung bei den Einkommen“; Prof. Michael Eilfort, in: „Forever it takes. Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft“, *Blickpunkt Marktwirtschaft* – I/2022, S. 2.

6. Vor dem Hintergrund des Jubels über eine Zinswende wirkten die EZB-Beschlüsse vom 16. Dezember 2021 zur „Flexibilität“ bei der Wiederanlage im Rahmen des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) und vom 21. Juli 2022 zur Einführung des sogenannten – für die Währungsunion „toxischen“¹⁸ – Transmission Protection Instrument (TPI) ernüchternd, denn mit dem TPI wurde ein neues Instrument zur verbotenen Staatsfinanzierung geschaffen und die Beendigung von PSPP und PEPP durch die „Flexibilität“ bei der Wiederanlage, welche bereits reichlich Anwendung fand¹⁹, relativiert.

Faktisch ist das konkrete Anliegen von TPI, die Renditedifferenz zwischen Bundesanleihen und italienischen Staatsanleihen möglichst niedrig zu halten, sodass sich Italien als ständiger Sanierungsfall weiterhin (günstig) refinanzieren kann²⁰. Das hat Bundesbankpräsident Dr. Joachim Nagel beim „Geldpolitischen Dialog“ im Haushaltsausschuss des Bundestages vom Juni 2023 bestätigt. Mit dem TPI will die EZB den Markt „korrigieren“, mit anderen Worten ausschalten und die reale Bewertung des Risikos italienischer Staatsanleihen unterbinden.

Wir erlebten nichts weniger als den zweiten „Whatever-it-takes“-Moment der EZB. Dieser ist schon wieder mit Befürchtungen vor Spekulationen über ein Ausscheiden von Ländern aus dem Euro verbunden – s. EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel Mitte Juni 2022 in Frankreich, die in eigener Wortwahl dem Ex-EZB-Präsidenten Draghi nacheifert und allen versichert:

„[O]ur commitment is stronger than any specific instrument. Our commitment to the euro is our anti-fragmentation tool. THIS COMMITMENT HAS NO LIMITS [Hervorhebung durch die Verfasser].“²¹

Von einer konsequenten Inflationsbekämpfung kann insofern keine Rede sein. Die EZB war vor die Wahl gestellt, entweder ihre selbst verursachte Inflation „whatever it takes“ zu bekämpfen oder die Risikoauflage auf italienische Staatsanleihen niedrig zu halten. Sie hatte zunächst Letzteres gewählt, in der Besorgnis um die italienische Wirtschaft.

Es steht der EZB aber per Primärauftrag nicht zu, die italienische Wirtschaft zu stützen. Es steht ihr nicht zu, auch anders artikuliert Aufträge in den Vordergrund zu schieben, wie im März 2023 passiert: Man hatte nach der Sitzung des EZB-Rates vom 16. März 2023 ausdrücklich verlautbart, die EZB werde angesichts der gegenwärtigen Spannungen an den Märkten alles Notwendige zum Erhalt sowohl der Preisstabilität – als auch der Finanzstabilität – tun²².

„Die Währungs‘hüter‘ haben sich selbst ins Abseits manövriert, weil sie ihren eigentlichen Auftrag, die Geldwertstabilität, erst relativiert, dann ignoriert haben, um – ohne demokratisches Mandat – an allen möglichen Stellen Politik zu betreiben: Wirtschaftsförderung, europäische Umverteilung, Klimaschutz und vor allem gefällige Staatsfinanzierung. [...] Wieviel Enteignung und Prekarisierung sollen Mittelschicht und Armutsgefährdeten noch zugemutet werden? Es ist Zeit, die Ursachen der Inflation und die Fehlkonstruktion der Währungsunion anzugehen, statt Trostpflaster in Form von 9-Euro-Tickets, Tankrabatt und anderem Unfug zu verteilen.“²³

¹⁸ Prof. Lars Feld, Prof. Clemens Fuest, Prof. Volker Wieland in ifo Standpunkt 240: „Das neue Kaufprogramm der EZB ist toxisch für die Währungsunion“, Stellungnahme vom 12. August 2022; www.ifo.de/stellungnahme/2022-08-12/ifo-standpunkt-240-das-neue-kaufprogramm-der-ezb-ist-toxisch-fuer-die (zuletzt abgerufen am 11. Juli 2023).

¹⁹ ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung – 08.12.2020, „Starke Übergewichtung Italiens und Spaniens in PEPP und PSPP, ZEW-Studie zu den EZB-Anleihekaufprogrammen“; www.zew.de/presse/pressearchiv/starke-uebergewichtung-italiens-und-spaniens-in-pepp-und-pspp (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

²⁰ Tagesschau – 03.08.2022, „Die EZB und ihr Italien-Problem“; www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/ezb-italien-anleihen-101.html; FinanzmarktWelt – 10.08.2022, „Italien: Anleihen bald Junk-Bonds? Wann startet die EZB das TPI?“; <https://finanzmarktWelt.de/italien-anleihen-bald-junk-bonds-wann-startet-die-ezb-das-tpi-242326/>; Manager-Magazin – 21.07.2022, „Anleihekäufe gegen ‚Fragmentierung‘ – So sieht das EZB-Hilfsprogramm für Italien aus“; www.manager-magazin.de/politik/europa/italien-ezb-will-mit-anti-fragmentierungs-programm-am-anleihemarkt-helfen-a-6e0fddb7-d39a-4899-a36c-a5ce0e20816d (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

²¹ „United in diversity – Challenges for monetary policy in a currency union. Commencement speech by Isabel Schnabel, Member of the Executive Board of the ECB, to the graduates of the Master Program in Money, Banking, Finance and Insurance of the Panthéon-Sorbonne University“, 14.06.2022; www.ecb.europa.eu/press/key/date/2022/html/ecb.sp220614~67eda62c44.de.html (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023). Knapp ein Jahr nach Veröffentlichung dieser Rede stand sie auf der sonst mehrsprachigen Webpräsenz der EZB immer noch nur auf Englisch zur Verfügung.

²² EZB, Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung; www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.mp230316~aad5249f30.de.html (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

²³ Prof. Michael Eilfort, „Forever it takes“, Blickpunkt Marktwirtschaft – I/2022, S. 2.

7. Auf Regeln ist in der Eurozone wahrhaftig kein Verlass. Der Euro hat einen Raum des permanenten Unrechts geschaffen. Als Bestandteil des „Friedensprojekts EU“ hat das Euro-Projekt dieses wichtige Ziel europäischer Politik desavouiert.

Hatte etwa Frankreich während seines Euro-Beitritts 2002 knapp das Maastricht-Kriterium der Staatsverschuldung verpasst (60,26 Prozent vom BIP), entfernte sich die französische Staatsverschuldung nach dem Euro-Beitritt doch stets von der vereinbarten Marke, um 2019, vor dem Pandemie-Jahr 2020, gut 97 Prozent zu erreichen²⁴. Die Projektion von 2022 an bis 2028 zeigt dabei wieder eine aufsteigende Tendenz, denn schließlich:

„Bruno Le Maire ist nicht der erste französische Finanzminister, der beteuert, dass seine Regierung selbstredend langfristig die EU-Budgetziele einhalten werde, sich aber leider kurzfristig deutlich mehr verschulden müsse“.²⁵

Italien ist mit einer Staatsverschuldung von 106,36 Prozent dem Euroraum beigetreten, erreichte vor dem Pandemie-Jahr 2020 gut 134 Prozent und bleibt als ständiger Sanierungsfall auf die fiskalpolitische Unterstützung sowohl durch Kommission als auch EZB angewiesen. Zeitgleich merkt das Bundesministerium der Finanzen ausgerechnet zum Fiskalvertrag an, Solidarität und Solidität seien „zwei Seiten einer Medaille“²⁶; wahrlich ist die Europäische Union, wie in der „Aufklärungsschrift“ der Bundesregierung „Der Euro – stark wie die Mark“ auf Seite 7 erwähnt, „zuerst eine Gemeinschaft der Solidarität“ – wohl aber nicht der Solidität als Kehrseite der Medaille.

Spanien seinerseits hat, wie in „Stark wie die Mark“ zugesichert, zunächst das Staatsverschuldungskriterium eingehalten, sich seit 2009 aber davon entfernt, um 2019 mit einer Verschuldung von gut 98 Prozent die maximal zulässigen 60 Prozent deutlich zu überschreiten.²⁷

Griechenland, das der Eurozone auf Grundlage schwerwiegender Zahlenmanipulationen beigetreten ist, hat, ähnlich wie Italien, das Kriterium der Staatsverschuldung nie eingehalten und 2019 knapp 186 Prozent erreicht²⁸. Nach der „erfolgreichen“ Rettungsphase 2018 hat Griechenland sodann mit stillschweigender Zustimmung – auch der Bundesregierung – gar in Erwägung gezogen, vereinbarte Auflagen auszuweichen (vgl. etwa den Antrag „Rückabwicklung von Finanzhilfen für Griechenland wegen Nichterfüllung und Nichtbeachtung der Kreditkonditionen“, Bundestagsdrucksache 19/9961 vom 8. Mai 2019²⁹).

Kroatien trat 2023 planmäßig der Eurozone bei, ohne das Kriterium der langfristigen Preisstabilität, gemessen an den ersten drei Euro-Staaten mit der niedrigsten Inflation, zu erfüllen. Entgegen dem griechischen Fall war es diesmal die Europäische Kommission, die die Statistiken manipulierte, indem sie die ersten zwei Euro-Staaten als „Ausreißer“ aus dem Ranking herausnahm und anhand der nächsten drei das Kriterium für die zulässige Inflationsrate in Kroatien berechnete³⁰: Kroatien wies im Übrigen bei seinem Euro-Beitritt eine Rekordinflation von 13,5 Prozent auf³¹.

Im öffentlichen Raum dieses Euroraum-Kandidaten Bulgarien ist Ende Mai 2023 ein Skandal ausgebrochen. Den öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen ist u. a. zu entnehmen, dass Kommissionspräsidentin

²⁴ Statista, Frankreich: Staatsverschuldung von 1980 bis 2022 und Prognosen bis 2028 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167258/umfrage/staatsverschuldung-von-frankreich-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/> (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung – 26.04.2023, „Tod des Stabilitätspakts; Schuld hat die EU-Kommission“; www.faz.net/aktuell/wirtschaft/die-eu-kommission-ist-schuld-am-tod-des-stabilitaetspakts-18849770.html (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

²⁶ www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung-Euroraum/Fiskalvertrag/fiskalvertrag.html (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

²⁷ Statista, Spanien: Staatsverschuldung von 1981 bis 2022 und Prognosen bis 2028 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167465/umfrage/staatsverschuldung-von-spanien-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/> (zuletzt abgerufen am 6. März 2024).

²⁸ Statista, Griechenland: Staatsverschuldung von 1981 bis 2022 und Prognosen bis 2028 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167463/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/> (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

²⁹ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/099/1909961.pdf> (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

³⁰ S. Rede des Abgeordneten Norbert Kleinwächter vom 7. Juli 2022: BT-Plenarprotokoll 20/46, ab Seite 4787 bzw. PDF-Seite 83 (abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20046.pdf> [zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023]), sowie unter www.bundestag.de/mediathek?videoid=7538002#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheT92aWRlb2lkPTc1MzgWMDI=&mod=mediathek (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

³¹ Süddeutsche Zeitung – 30.12.2022, „Wenn die Kuna dem Euro weicht“; www.sueddeutsche.de/wirtschaft/euro-ezb-inflation-kroatien-1.5724425 (zuletzt abgerufen am 17. Mai 2023).

von der Leyen in einem Telefonat versprochen haben soll, zu versuchen, Bulgarien bei der Umgehung der Euroraum-Beitrittskriterien zu helfen³².

8. Dabei sind die EU-Mitgliedstaaten noch höher verschuldet, als in der offiziellen Statistik ausgewiesen: Die Schattenverschuldung, die sich zusätzlich aus dem primär für Italien und Spanien maßgeschneiderten fiskalpolitischen Instrument „Next Generation EU“ ergibt, wird auf den nationalen Schuldenständen nicht erfasst. Frei nach der geübten Praxis in der EU, sich nicht an die Regeln anzupassen, sondern die Regeln an Vertragsverletzungen anzupassen, forderten der französische Staatspräsident Macron und der damalige italienische Ministerpräsident Italien Draghi Ende 2021 einvernehmlich, die Verfügungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes stark aufzuweichen bzw. „einfacher und transparenter“³³, ja „flexibler“³⁴ zu machen: Die Europäische Kommission ist entsprechend mit Legislativvorschlägen beigesprungen.

Zu keiner Zeit haben alle Euro-Staaten jeweils alle Maastricht-Kriterien eingehalten³⁵. Bis ins Jahr 2021 wurde die Schuldenmarke von 60 Prozent des nationalen BIP in weit über der Hälfte der Fälle und die Defizitquote in 109 Fällen nicht eingehalten, doch Sanktionen wurden nie ausgesprochen³⁶. Im Zuge der Corona-Krise wurde dies weiter auf die Spitze getrieben. Statt des Europäischen Stabilitätsmechanismus mit seinen „strengen Auflagen“ nach Art. 136 Abs. 3 AEUV gibt es nun den NGEU-Topf mit schwachen, von der Europäischen Kommission zu überwachenden Auflagen (der Italien und anderen Ländern sogar Geld schenkt³⁷). EU-Kommissare machen dann Werbetouren in Berlin zwecks der Zustimmung des größten Netozahlers zu dem regulären EU-Haushalt bzw. bei dem NGEU-Topf für eine Umwidmung von NGEU-Geldern³⁸. „In Brüssel wird [Stand: Anfang 2023; Anm. d. V.] erwartet, dass wohl bestehende Gelder aus dem EU-Haushalt und dem Corona-Sonderfonds umgeschichtet werden, um einen neuen „Souveränitätsfonds“ zu füllen. Tatsächlich lagern dort noch Milliarden an ungenutzten Mitteln. Ob diese als Antwort auf den IRA [Inflation Reduction Act der US-amerikanischen Regierung] ausreichen, ist allerdings umstritten. Die Alternative, um der Fragmentierung der EU zu begegnen, wäre frisches Geld: Die EU könnte gemeinschaftlich Schulden aufnehmen.“³⁹

³² „Die Koalitionsverhandlungen in Bulgarien werden aktuell von einem riesigen Skandal überschattet: Mittendrin ist dabei auch Ursula von der Leyen. So habe sie Bulgarien geraten, die Euro-Beitrittskriterien zu umgehen. Wie damals Griechenland. Leyen bestreitet das. [...] Deutschsprachige Medien ignorieren [den Skandal] konsequent, Franzosen nicht. Worum geht's? Ein heimlich aufgenommenes Tonband während einer Sitzung der Partei PP kam an die Öffentlichkeit und schlug ein wie eine Bombe. [...] PP-Chef Petkov verrät im Tape den Inhalt eines Telefongesprächs mit von der Leyen. Das Gespräch dürfte am 21. Mai stattgefunden haben. Themen: Beitritt Bulgariens in die Eurozone und den Schengen-Raum. Doch was Petkov dann über Leyen sagt, lässt die wildesten Vermutungen wahr werden. So heißt es im Tape von Petkov: [.]Ich fragte sie, wie unsere Chancen stünden, akzeptiert zu werden. Sie antwortet: Für Schengen haben Sie große Chancen. Für die Eurozone müssen Sie herausfinden, wie Sie die Regeln umgehen können, d. h. [...]in den Rahmen passen[.]. Ich antwortete ihr: Können wir die Inflation abzüglich des Ukraine-Effekts haben. Daraufhin sagte sie: Zitieren Sie mich nicht, wir werden versuchen, Ihnen zu helfen[.]“ („Riesenskandal in Bulgarien: Leyen mittendrin“: <https://tkp.at/2023/06/02/riesenskandal-in-bulgarien-leyen-mittendrin/> [zuletzt abgerufen am 5. Juni 2023]). Siehe auch: Le Point, 30. Mai 2023, „Le nom d’Ursula von der Leyen mêlé à un scandale en Bulgarie“: www.lepoint.fr/politique/emmanuel-berretta/le-nom-d-ursula-von-der-leyen-mele-a-un-scandale-en-bulgarie-30-05-2023-2522337_1897.php (zuletzt abgerufen am 5. Juni 2023; zugänglich nur auf Französisch); Mitglied des Europäischen Parlaments Moritz Körner (FDP) in einem Twitter-Beitrag: „!!Leak!! Ursula von der Leyen soll bulgarischen Regierungsverhandlern geheim zugesagt haben, Bulgarien in die Eurozone aufzunehmen, selbst wenn Bulgarien die notwendigen Konditionen dafür nicht erfüllt. Tragischer Fehler. Eine Eurokrise 2.0 ist das Letzte, was wir zurzeit brauchen“ (https://twitter.com/moritzkoerner/status/1662731011384328192?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1662731011384328192%7Ctwgr%5E036dd1fff0a8625001a75033b78314880c1a12f9%7Ctwcon%5Esl_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.standartnews.com%2Fbulgariya-politika%2Fsled-skandalnite-zapisi-evrodeputati-besni-na-kiril-petkov-525552.html [zuletzt abgerufen am 5. Juni 2023, 11:00 Uhr]).

³³ Zu diesem Euphemismus s. auch: Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 133.

³⁴ SPIEGEL – 23.12.2021, „Macron und Draghi wollen EU-Haushaltsregeln grundlegend reformieren“; www.spiegel.de/ausland/europaeische-union-emmanuel-macron-und-mario-draghi-wollen-steuerregeln-reformieren-a-0c07fe5e-6ce9-4c7a-8ff2-f847ddd692e4 (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

³⁵ Cicero, Nr. 12, 2021.

³⁶ Bundesrechnungshof: Bericht nach § 99 BHO zu den möglichen Auswirkungen der gemeinschaftlichen Kreditaufnahme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den Bundeshaushalt (Wiederaufbaufonds): www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2021/eu-wiederaufbaufonds-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

³⁷ www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw22-de-anleihekaufe-bvg-696052; <https://afdbundestag.de/boehringer-afd-fraktion-hat-organklage-gegen-das-ecz-anleihekaufprogramm-pepp-eingereicht/>; www.zeit.de/politik/deutschland/2020-08/bundesverfassungsgericht-afd-fraktion-klage-corona-nothilfen-ecz (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

³⁸ Tagesspiegel – 30.01.2023, „Milliarden für grüne Technik?: EU-Kommissar auf Werbetour in Berlin“; www.tagesspiegel.de/politik/neuer-eu-schuldenfonds-gentiloni-auf-werbetour-in-berlin-9264648.html (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

³⁹ Handelsblatt – 31.01.2023, „Antwort auf „Inflation Reduction Act“: Droht die Fragmentierung der EU?“; www.handelsblatt.com/politik/deutschland/industriepolitik-antwort-auf-inflation-reduction-act-droht-die-fragmentierung-der-eu/28954592.html (zuletzt abgerufen am 19. Mai 2023).

9. Das Narrativ, das mit dem Aufweichungswunsch hinsichtlich Staatsverschuldung und jährlichen Defizits einhergeht, ist, dass die bereits hoch verschuldeten Staaten durch weitere Schulden künftig besonders innovativ und klimafreundlich werden würden – ebendiese „innovativen“ Staaten haben den Euroraum damals in die spürbare Phase der Euro-Krise gestürzt, die ja zu ursprünglich zeitlich begrenzten, dann aber doch dauerhaft⁴⁰ ausgestalteten „Rettungsmaßnahmen“ führten. Bei den für diese Länder surrealistisch günstigen Refinanzierungskonditionen sahen sich die Regierungen nicht veranlasst, solide zu haushalten und das ist per Definition nicht nachhaltig.

Nachhaltig wären nationale Währungen bzw. aus einem homogenen Währungsraum bestehende Gemeinschaftswährungen, denn damit könnten jene Länder über Abwertungen nicht nur in der EU, sondern auch global wettbewerbsfähiger werden. Gleichzeitig müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Staatsfinanzen in eigener Regie und nicht auf Kosten anderer Nettozahler der EU sanieren.

10. Vor diesen Hintergründen ist es höchste Zeit, mit Narrativen rund um den Euro abzurechnen und eine ehrliche Bilanz dieses Experiments zu ziehen. Die Bundesregierung ist gehalten, hierbei anhand einer aktualisierten Druckschrift nach dem bewährten Muster „Das Bundesministerium der Finanzen informiert“ behilflich zu sein.

⁴⁰ Der temporäre „Euro-Schutzschirm“ aus EFSF und EFSM und die Finanzinstitution ESM. Zurecht warnt der Bundesrechnungshof das Bundesfinanzministerium etwa bzgl. des „Next Generation EU“-Konjunkturpakets: „Aller Erfahrung nach verstetigen sich in Krisenzeiten eingeführte Instrumente regelmäßig. Dabei wird häufig vernachlässigt, dass mit diesen Instrumenten mitunter Kosten und Risiken verbunden sind, deren Übernahme zwar in der jeweiligen Krise, nicht aber auf Dauer zu rechtfertigen ist“ (Bundesrechnungshof, Bericht nach § 99 BHO zu den möglichen Auswirkungen der gemeinschaftlichen Kreditaufnahme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den Bundeshaushalt (Wiederaufbaufonds)).

